

# Cannstatter Zeitung Untertürkheimer Zeitung

TAGESZEITUNG FÜR BAD CANNSTATT, UNTERTÜRKHEIM UND DIE NECKAR

IHR  
PERSÖNLICHES  
FREIEXEMPLAR  
ZUM KENNEN-  
LERNEN

197. Jahrgang | Nr. 266 | Woche 46 | ZKZ 2039

Mittwoch, 17. November 2021

www.cannstatter-zeitung.de | 2,00 €



## Kultur

Spektakuläres Museum M+ in Hongkong eröffnet

Seite 17

## Sport

Der VfB Stuttgart vor dem Spiel in Dortmund

Seite 22

## Wissen

Tipps zum Steuern sparen

Seite 23



## Aus aller Welt

Lange Unterhosen sterben aus. Ist das schade?

Seite 10

## Im Südwesten tritt Alarmstufe in Kraft

In Baden-Württemberg tritt von Mittwoch an wegen der steigenden Belegung der Intensivstationen die sogenannte Alarmstufe in Kraft. Landesweit gilt die 2G-Regel etwa in Restaurants, Museen, Kinos, Schwimmbädern, Fitnessstudios sowie bei den meisten öffentlichen Veranstaltungen. Auch die Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte werden verschärft. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sprach von einer „sehr ernstesten Lage“. In der Ministerpräsidentenkonferenz am Donnerstag will er sich dafür einsetzen, dass die Länder auch nach Ende der epidemischen Notlage am 25. November Ausgangssperren und Reisebeschränkungen für Ungeimpfte anordnen können. *dpa* Seiten 9, 11, 15, 21 und 23

## Kommentar

### Weichenstellung auf den Irrweg droht

Mit der Nahverkehrsabgabe geht die Politik ins Risiko. Vorrangig braucht es den Ausbau der Infrastruktur.

Von Christian Milankovic

Der Gedanke ist ebenso bestechend wie schlicht: Wer sich im öffentlichen Raum motorisiert bewegt, zahlt in einen Topf ein. Aus dieser Nahverkehrsabgabe wiederum sollen Busse und Bahnen gefördert werden, um Menschen zum Umstieg zu bewegen. Doch das Konzept hat gleich mehrere Schwachstellen. Da ist die soziale Komponente: Wer sich ein dickes Auto und die hohen Parkgebühren heute in der Stadt leisten kann, den schreckt auch ein weiterer Obolus nicht ab. Am Ende sind es die, die jeden Euro umdrehen müssen, denen die Abgabe die individuelle Mobilität erschwert.

Zudem droht der zweite vor dem ersten Schritt gemacht zu werden: Vor der Pandemie bewegten sich die Nutzerzahlen im Nahverkehr von Rekord zu Rekord. Das heißt: Busse und Bahnen haben kein Problem mit der Nachfrage, die man über durch die Nahverkehrsabgabe subventionierte günstigere Tickets ankurbeln müsste. Die Achillesferse des ÖPNV ist die Kapazität. Wer noch mehr Menschen ins vorhandene System lockt, ohne das zuvor massiv ausgebaut zu haben, nimmt leichtfertig dessen Kollaps in Kauf.

Die Politik macht es sich zu einfach. Das eingetriebene Geld in billigere Tickets zu investieren, um sich der Förderung des Nahverkehrs zu rühmen, ist bequemer, als neue Schienenstrecken gegen Widerstand durchzusetzen und deren Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Wirksamer ist letzteres aber allemal.

## Heute



7°  
5°

## Morgen



9°  
4°

Heute bedeckt durch Hochnebel und Nebel, meist niederschlagsfrei. Morgen wird es wolbig, teils auch aufgelockert.

► **Rätsel** Seite 18 ► **Börse** Seite 12  
► **Fernsehen** Seite 18 ► **Wetter** Seite 2



## Schaufenster Obertürkheim

Stadtteilpräsentation mit wissenswerten und interessanten Themen / Seiten 27 bis 32

Foto: Alexander Müller

## Bad Cannstatt Kurpark-Wege werden erneuert



Foto: Iris Frey

Im Kurpark haben weitere Sanierungsarbeiten begonnen. Derzeit wird der Weg parallel zur Wildbader Straße erneuert. Mit einem Bagger wurde der Asphalt abgetragen. Bänke sollen nur, wo notwendig, erneuert werden. Auch im Sanierungsprogramm mit dabei sind die Wulfila-Anlage und der Belag um den Daimler-Brunnen. Insgesamt will die Stadt rund 184 000 Euro für die Erneuerung investieren. Seite 3

## Höhere Energiepreise bremsen Bereitschaft zum Klimaschutz

Umfrage der Tageszeitungen im Südwesten: Im Land gibt es wenig Begeisterung für die neue Bundesregierung – aber große Erwartungen. Der Rückhalt für Ministerpräsident Winfried Kretschmann bröckelt.

Von Renate Allgöwer

Die hohen Verbraucherpreise in Deutschland können die Bereitschaft der Bürger schmälern, den Klimaschutz zu unterstützen. Das zeigt die aktuelle Untersuchung des Baden-Württemberg-Monitors der baden-württembergischen Zeitungsverlage. Wenn die Preise für Energie und Lebensmittel weiter steigen, könnte dies zu einer Belastungsprobe für die neue Bundesregierung werden, erwarten die Experten vom Institut für Demoskopie in Allensbach, die den BaWi-Check durchgeführt haben. Darin zeigt sich die große Mehrheit der Menschen im Land durch die jüngste Preissteigerungen stark oder sogar sehr stark betroffen. Das Tanken betrifft 71 Prozent der Bevölkerungs-

ung besonders, gefolgt von den Heiz- und den Stromkosten mit 66 und 65 Prozent. Für die Zukunft erwarten die meisten Befragten weitere Teuerungen. 53 Prozent erklärten außerdem, die zu erwartenden Klimaschutzmaßnahmen würden für sie große finanzielle Belastungen bringen. Das wirkt sich auf die Akzeptanz der möglichen Maßnahmen aus. 53 Prozent aller Befragten im Südwesten erklärten, sie seien nicht bereit für den Klimaschutz höhere Energiepreise zu zahlen.

Der Umwelt- und Klimaschutz hat bei den Befragten ohnehin nicht die höchste Priorität. Auf die Frage, worum sich die neue Bundesregierung besonders kümmern sollte, nennen ihn die Befragten erst an vierter Stelle. Viel wichtiger ist ihnen, dass die Rente sicher ist. Das sagen immerhin 65 Prozent. Die

Rente schlägt in der Bedeutung auch das Bedürfnis nach bezahlbarem Wohnraum. Der Landes-SPD nutzt der Sieg bei der Bundestagswahl nicht. 42 Prozent der Baden-Württemberger gefällt die SPD im Südwesten nicht. Dennoch würden inzwischen 41 Prozent im Land lieber eine Ampelkoalition an der Regierung sehen, als das grün-schwarze Bündnis. Das sind zehn Prozentpunkte mehr als im Juli. Der Rückhalt für Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) lässt leicht nach. Für eine volle Amtszeit sprechen sich 41 Prozent der Befragten aus, im Juli waren es 45 Prozent. Bemerkenswert ist, dass sich vor allem die Unterstützer der Grünen wünschen, dass während der Legislaturperiode ein Wechsel an der Spitze erfolgt. Kommentar Seite 15 und Seite 16

## 15 Millionen Euro für digitale Einzelhändler

Der Handel muss außer mit Corona auch mit der digitalen Konkurrenz klarkommen. Nicht alle Staatshilfen erfüllen die Erwartungen.

Von Klaus Köster

Das Land hat 13 Millionen Euro in den vergangenen Jahren ausgegeben, um den Handel in seinen Anstrengungen zur Digitalisierung zu fördern. Dies geht aus einer Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine FDP-Anfrage hervor, die unserer Zeitung vorliegt. Hierzu gehört beispielsweise die Einrichtung von Online-Shops. Weitere zwei Millionen Euro erhielt das Land durch Förderprogramme des Bundes.

Die Bilanz ist teilweise ernüchternd. So seien lokale Online-Marktplätze, auf denen sich örtliche Geschäfte versammeln, mit einem hohen Aufwand verbunden. In vielen Fällen hätten sie sich aber nur so lange gehalten, wie es öffentliche Fördermittel gab. Es seien zwar immer mehr Händler online präsent, zunehmend aber über die großen Marktplätze wie beispielsweise Amazon. Der

Anteil der Händler, die einen eigenen Onlineshop unterhalten, sinke dagegen. Weitere Mittel fließen in ein Sofortprogramm, das digitale Projekte wie Bestell-Apps und regionale Lieferdienste für Online-Bestellungen fördern soll.

Dass dieses Programm mit lediglich fünf Millionen Euro ausgestattet sei, zeige, dass die Landesregierung den Ernst der Lage nicht erkannt habe, sagte Erik Schweickert, der einzelhandelspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Landtag, unserer Zeitung. Man werde in den anstehenden Haushaltsberatungen mindestens eine Verdreifachung beantragen. Der Handel befinde sich in einer historischen Krise, für deren Überwindung gezielte Hilfen notwendig seien. Den Angaben der Landesregierung zufolge fließt dem Handel nicht nur eine direkte Förderung zu; ihm kämen auch Programme für die städtebauliche Erneuerung zugute.

## Erstmals Abgabe für Bus und Bahn im VVS möglich

Die Landkreise, Stuttgart und der VVS könnten in einem Pilotprojekt den Zwangsobolus testen.

In den nächsten Jahren könnte eine neue Abgabe zur Förderung des Nahverkehrs eingeführt werden. Die Landkreise, die der Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) bedient, und die Landeshauptstadt haben sich für ein entsprechendes Pilotprojekt beim Land beworben. Die Koalition aus Grünen und CDU will in einem noch zu formulierenden Gesetz Städten und Kreisen ermöglichen, eine Abgabe für Bus und Bahn zu erheben. Was eingenommen wird, müsste dann zur Verbesserung des Nahverkehrs eingesetzt werden. Offen ist, wer bezahlen soll. Ein Gutachten hat Modelle, in denen alle erwachsenen Einwohner, alle Autohalter oder alle -nutzer bezahlen, durchgerechnet. Ziel ist es jedenfalls, dass sich das Mobilitätsverhalten der Menschen in Stuttgart und der Region ändert. *ks* Seite 7

## Neckartal

### Polizei meldet immer weniger Einbrüche

Der Chef der Stuttgarter Kriminalpolizei, Rüdiger Winter, meldet einen Tiefststand bei der Zahl der Einbrüche in der Landeshauptstadt in den zurückliegenden zehn Jahren. Eine konkrete Zahl kann er für das Jahr 2021 noch nicht nennen. Diese werde erst im kommenden Frühjahr veröffentlicht. Doch der Wert liege deutlich unter dem des Vorjahres. Seite 4

## Wangen

### Fröbel-Kita nimmt den Betrieb auf

Der Fröbel-Kindergarten in der Jägerhalde hat am Montag offiziell seinen Betrieb aufgenommen. 15 Kinder ziehen zunächst in das von der Stadt für 4,5 Millionen Euro erbaute Gebäude am Fuß des Wangener Bergs ein und werden eingewöhnt. Sukzessive wird die Zahl der betreuten Kinder erhöht. Die Maximalzahl von 55 Kindern soll bis Juni erreicht werden. Seite 5

## Lokalsport

### Sportbund bezwingt den FC Bayern



Foto: Volker Arnold (2)

Davon träumen viele Vereine, den großen FC Bayern München zu besiegen. Auch wenn es „nur“ im Tischtennis war, ist dies am vergangenen Wochenende dem Drittligisten DJK Sportbund Stuttgart gelungen. Die Mannschaft aus dem Stuttgarter Osten gewann in der bayrischen Landeshauptstadt mit 6:2, ist damit weiterhin verlustpunktfrei und führt die Tabelle an. Seite 19

